

Solingen, den 2026

Rede von Ratsmitglied Thilo Schnor zur Ratssitzung am 5. März 2026

TOP Gewerbeflächenausweisung im Außenbereich

- Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Damen und Herren
Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister
Sehr geehrte Gäste im Saal und im Rats-TV.

auch das Jahr 2026 beginnt mit Wettererextremen u.a. in Australien, Marokko, Spanien und Portugal. Hitzerekorde, Stürme und Starkregenereignisse mit Überschwemmungen, alles dabei. Der Klimawandel ist teuer und tödlich. Der Südwesten Europas erreicht seine Belastungsgrenze. 9 Milliarden Euro stellt Spanien für die Schadensbekämpfung bereit, Portugal 6,5 Milliarden Euro. Und dies bei aktuell „nur“ 1,3 Grad globaler Erderwärmung. Wir steuern aber auf bis zu 3 Grad zu.

Liebe Kolleg*innen von SPD, CDU, FDP und BfS: Angesichts größter geopolitischer Krisen und wirtschaftlicher Unsicherheiten setzen Sie noch immer auf industrielle Neuansiedlungen auf der grünen Wiese? Lassen Sie uns realistisch bleiben! Lassen Sie uns ehrlich machen! Wir stimmen Ihrem Antrag nicht zu, weil ihre Rechnung nicht stimmt. Den Klimawandel haben Sie nicht eingepreist – grob fahrlässig! Und die Industrie? Diese stöhnt zuallererst unter hohen Energie- und Personalkosten, nicht über Flächenmangel. Arbeitsplätze? Gänge es Ihnen wirklich um Arbeitsplätze, dann würde Sie das Gutachten zu Mischgebieten unterstützen. Sie verweigern eine vorgeschaltete Diskussion in den Fachausschüssen, weil Ihre Argumente nicht schlüssig sind.

Ihre Argumente?

1. Die Gewerbegebietsausweisung schaffe Gewerbesteuerereinnahmen und stütze unseren Haushalt

FALSCH: Ihr Beschlussvorschlag kostet Millionen an Planungs-, Investitions- und Folgekosten, belastet den Haushalt und zerstört obendrein eine wunderschöne Solinger Landschaft.

2. Das Mehr an Gewerbesteuern verhindere die Erhöhung der Grundsteuer

FALSCH: Ihre Argumentation mit der Erschließung zusätzlicher Gewerbeflächen die drohende Grundsteuererhöhung ab 2028 kompensieren zu wollen, ist grob irreführend. Denn diese sind 2028 weder erschlossen, geschweigen denn mit gewinnbringenden Industriearbeitsplätze besetzt.

3. Es gibt nicht genug Gewerbeflächen

Richtig ist, wir leben in einer Welt begrenzter Ressourcen. Daher ist es auch richtig, Gewerbebrachen zu reaktivieren. Und richtig ist, die nach dem Regionalplan vorzuhaltenden 6,4 ha pro Jahr an Reserveflächen sind unrealistisch und entsprechen nicht unseren Zielen. Gemäß Rechnung Nachhaltigkeitsstrategie wollten wir ab 2025 nicht mehr als 2,15 ha pro Jahr neu versiegeln. Ab 2030 ist auf weitere Neuversiegelung zu verzichten, so haben es alle Fraktionen beschlossen, **so haben auch Sie es beschlossen.**

Und das ist Ihr Punkt. Seien sie ehrlich. Sie wollen mit Ihrem Antrag schnell noch einmal möglichst viel unversiegelte Fläche für eine Bebauung sichern. Ohne Bedarfsanalyse, ohne Kostenabschätzung, ohne Ökobilanzierung. Sie wollen einen bestehenden Ratsbeschluss ohne öffentliche Diskussion abwickeln. Dazu sagen wir nein!

Wir fordern:

- Geld zum Kauf und zur Brachflächenentwicklung und Geld für Klimaschutz- und -anpassungsmaßnahmen. Innen- vor Außenentwicklung!
- Kein Geld und keinen Auftrag zur Entwicklung von Fürkeltrath II, Piepersberg West und Schrodberg.
- Wir fordern eine naturfachliche Prüfung der Flächen über den Landschaftsplan
- Wir fordern eine fachliche Diskussion in den Fachausschüsse unter Einbeziehung der Öffentlichkeit.

Das wäre vernünftig, nachhaltig und richtig! Vielen Dank!